

Ratsfrau Koch begründet zunächst den Antrag der SPD-Fraktion. Ratsherr Beißel gibt zu bedenken, dass dieser Vorstoß in Swisttal, insbesondere auch an der Sekundarschule als anmaßend empfunden werden könnte. Er sieht vorrangig die Notwendigkeit, seitens des Gesetzgebers die Bestimmungen dahingehend zu ändern, dass Gesamt- und Sekundarschulen gleichwertig betrachtet werden dürfen und damit die Möglichkeit bestünde, Swisttaler Schüler bei Anmeldeüberhängen abzulehnen.

Erster Beigeordneter Dr. Knauber verweist zunächst auf die Vereinbarung der Stadt Rheinbach mit der Gemeinde Alfter, die selbstverständlich eingehalten werden soll.

Er kündigt weitere Gespräche mit der Swisttaler Verwaltungsführung an. Auch er bittet um Unterstützung bei der Änderung der Bestimmungen zur Aufnahme von Kindern aus Nachbarkommunen.

Ratsfrau Koch ist der Meinung, dass beides parallel möglich sein kann.

Auch Ratsherr Meyer ist der Auffassung, dass dringender Handlungsbedarf gegeben ist, damit nicht wieder Rheinbacher Schüler abgelehnt werden müssen. Nach seiner Auffassung muss jedoch auch eine kurzfristige Lösung geschaffen werden, die er in den Überlegungen für eine erneute Sechszügigkeit sieht. Er regt dazu an, eine Sitzung des Ausschusses zeitnah nach den Sommerferien durchzuführen.

Ratsherr Schollmeyer plädiert dafür, zunächst mit den Nachbarkommunen zu verhandeln, der Beschluss könne ja ergebnisoffen gestaltet werden. Ratsherr Schneider äußert aber die Sorge, dass die Gespräche vielleicht nicht förderlich sein könnten und würde den Antrag zurückstellen. Da im Beschlussvorschlag der Begriff „auch“ ausreichend Spielraum für die Gestaltung der Gespräche mit der Gemeinde Swisttal lässt, kann Einigkeit bei den Ausschussmitgliedern erzielt werden, den Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form mitzutragen.